

## Ebola, die Islamisten und die Einwanderungspolitik

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 01. bis zum 05. September  
2014*

(cg) Die US-Presse legte in dieser Woche ihre Aufmerksamkeit auf die Ebola-Krise in Westafrika und zukünftige Maßnahmen, die Geschehnisse im Irak im Zusammenhang mit der Enthauptung von zwei U.S. Journalisten, sowie Barack Obamas Einwanderungspolitik.

Die schon seit Wochen anhaltende Ebola-Krise in Afrika zeigt ein weiteres Mal auf, wie wichtig es ist, dass sich alle Nationen mit einer Agenda für die Gesundheit ihrer Bevölkerung beschäftigen. Laut der *USA Today* sind aktuell 1.550 Menschen in Westafrika an Ebola erkrankt, viele Familien haben Angehörige verloren. Des Weiteren wurden Ressourcen, die für andere Krankheiten gedacht waren, für Ebola genutzt. Auch hat die Erkrankung, die sich immer weiter verbreitet, negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Beispielsweise kommt es zu Störungen und Unterbrechungen der Handelsketten, sowohl lokal als auch auf dem internationalen Markt. Dutzende Hilfsarbeiter lassen für Fremde ihr Leben, in der Hoffnung etwas bewirken zu können. Um nun diesen Konsequenzen, die diese Krankheit mit sich bringt, entgegenwirken zu können, müssen die Vereinigten Staaten von Amerika die Führung und Verantwortung für eine Strategie für globale Gesundheitssicherheit übernehmen. Pläne und Ausarbeitungen für eine Agenda sind bereits mit anderen Nationen und der WHO (World Health Organization) in Arbeit.

Die aktuellen Geschehnisse im Irak wühlen auch Präsident Barack Obama auf. Wie die *L.A.-Times* aufzeigte, werde Obama mit einer neuen Strategie gegen die Islamisten vorgehen. Obwohl er sich vor einigen Wochen noch gegen eine Offensive aussprach, veranlasste ihn das unzumutbare Verhalten der Gruppe zu handeln, denn ein Video der Islamisten schockierte die Nation. Zu sehen waren zwei U.S. Journalisten, die vor laufender Kamera enthauptet wurden. Obama ließ in einer Pressekonferenz nach dem NATO Gipfel in Wales verkünden, dass er die Gruppe als signifikante Bedrohung ansehe und sie degradieren und schließlich zerstören wolle. Jedoch war schon vor der Gräueltat klar, dass die Islamisten eine Bedrohung sowohl für die USA als auch für Europa darstellen. Obama will nun Schritte dagegen einleiten.

Allerdings stellte sich dies als Herausforderung dar, da es ein langjähriger Prozess sei bis es zu einem Ergebnis komme, so die *L.A-Times*. Auch besteht die Sorge nicht darin, dass die USA direkt angegriffen wird, sondern dass den Truppen in der Region etwas zustoßen könnte.

Die angekündigte Einwanderungsreform, ließ Barack Obama durch einen seiner Sprecher verkünden, werde sich bis kurz vor der Wahl im November verzögern. In der *Washington Post* hieß es, dass sich das Land mitten in der politischen Saison befinde. Außerdem stieß Obama auf extreme Politisierung der Republikaner in der Reformfrage. Somit beschloss der Präsident, dass es besser und effizienter für die langfristigen Aussichten der Reform sei, wenn man die Maßnahmen erst vor der Wahl bekannt gebe. Durch diese Bekanntmachung am letzten Samstag zog der Präsident viel Zorn auf sich und lässt schlechte Aussichten auf die Reform vorahnen. Obama setzt jedoch, wie er stark betonen ließ, auf Ehrlichkeit und auch das Vertrauen seiner Bürger.

Quellen:

[www.usatoday.com](http://www.usatoday.com)

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)